

## **Todesstrafe, Verfolgung und Anerkennung Unterstützung von LGBT-Projekten in Afrika**

Podiumsdiskussion der Hirschfeld-Eddy-Stiftung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt  
am 6.10.2010 in Berlin

Von Galgen bis Standesamt reichen die Orte, die Staaten auf dieser Welt als angemessen für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) betrachten. Während es etwa in Lateinamerika keine Strafgesetze mehr gibt und in mehreren Ländern die Ehe oder Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare verwirklicht bzw. diskutiert wird, bieten eine ganze Reihe von afrikanischen Staaten immer wieder Anlass zu großer Sorge. Zu nennen sind etwa Simbabwe und Uganda, Kamerun und Nigeria, wo es so genannte „Sodomie-Gesetze“ gibt. Im ugandischen Parlament wurde vor einigen Monaten eine Verschärfung des homophoben Strafrechts diskutiert, die auch die Einführung der Todesstrafe für Homosexuelle vorsah. In Mauretanien, Sudan, Nigeria und Somalia werden homosexuelle Handlungen bereits mit der Todesstrafe bedroht.

Wie arbeiten in dieser Situation LGBT Organisationen? Kann eine Förderung der Menschenrechtsarbeit stattfinden? Wie sieht sie aus und was ist zu tun? Welche Rolle sollten Auswärtige Politik, Entwicklungszusammenarbeit und Kulturaustausch spielen? Über diese Fragen diskutierten vor einem Publikum von rund 50 Personen der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, **Markus Löning**, **Monika Lüke** (Generalsekretärin amnesty international Deutschland), **Rev. Rowland Jide Macaulay** (House of Rainbow Nigeria) und **Irene Knoke** (Institut für Ökonomie und Ökumene Südwind). Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von **Günter Dworek** (Hirschfeld-Eddy-Stiftung).

Zunächst stellt **Günter Dworek** die vielfältige Situation auf dem afrikanischen Kontinent dar und geht auf aktuelle homophobe Vorfälle ein. Er erwähnt Uganda, wo die Boulevardzeitung Rolling Stone massenhaft Homosexuelle mit Namen und Fotos auf der Titelseite outete und dazu aufrief, sie aufzuhängen. Auf die Frage, wie die Arbeit für und mit LGBT in solchen Gesellschaften überhaupt möglich ist, schildert **Rowland Jide Macaulay** die schwierigen Bedingungen, unter denen das House of Rainbow in Nigeria arbeitet. Die Organisation sah sich vor einigen Jahren einer homophoben Kampagne in den Medien ausgesetzt, weil angeblich unter dem Deckmantel der Religion Homosexualität gepredigt würde. Die Religionen und deren homophobe Einstellungen bezeichnet Rowland Jide Macaulay als eines der größten Probleme, denen sich LGBT in Afrika ausgesetzt sehen. „Auch das House of Rainbow ist eine religiöse Organisation und wir tun unser Bestes, um Lesben und Schwulen in Nigeria eine Anlaufstelle zu bieten, um ihnen zu helfen, doch es ist alles andere als eine leichte Aufgabe.“

### **Was ist zu tun?**

Macaulay vertritt die Auffassung, die internationale Gemeinschaft habe im Fall Malawi und Uganda richtig reagiert, der Druck habe die afrikanischen Regierungen zum Nachdenken gebracht. In Malawi hat der Staatspräsident nach internationalen Protesten zwei Männer begnadigt, die kurz zuvor von einem Gericht zum 14 Jahre Haft wegen einer homosexuellen Beziehung verurteilt worden waren. Doch auch in Nigeria und im Senegal, in insgesamt 38 Staaten Afrikas gebe es ein homophobes Strafrecht. Druck von außen sei immer wichtig. Aber ohne Empowerment und die Weitergabe von Know how an afrikanische LGBT-Aktivistinnen und Aktivisten wird es nicht gehen, meint Macaulay, ohne Kompetenztransfer werde sich die Situation nicht zum Besseren wenden.

**„Homosexualität ist so alt wie die Menschheit in Afrika“**

Nicht minder wichtig seien die regelmäßigen Überprüfungsverfahren im UN-Menschenrechtsrat in Genf (UPR), wo er sich als Vertreter für Pan Africa ILGA (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association) immer wieder zu verschiedenen afrikanischen Staaten äußern könne. „Zwanzig Staaten und alle sagen das gleiche: Homosexualität ist gegen unsere Kultur und Religion“. Sie sei unafrikanisch. Gerade deshalb sei es so wichtig, dass ein Afrikaner aufstehe und sich oute, sich zum Fürsprecher der Yogyakarta-Prinzipien mache, deren Lektüre er übrigens allen dringend empfiehlt. Die Yogyakarta-Prinzipien sind die erste systematische Gesamtschau auf die Menschenrechtsgewährleistung für Lesben, Schwule Bisexuell und Transgender, die 2006 von namhaften internationalen Menschenrechtsexpertinnen und –experten im indonesischen Yogyakarta zusammengestellt wurde. Es gehe um Erziehung und Aufklärung: „Politik und Gesellschaft muss klar gemacht werden: Homosexualität ist so alt wie die Menschheit in Afrika.“ Das Thema gehöre aber nicht nur in die UN. Auch in die Afrikanische Union müsse das Thema hineingetragen werden, auch hier müsse Lobbyarbeit stattfinden, das Thema müsse auf der Agenda bleiben.

**Markus Löning** ist sehr engagiert im Bereich LGBT und Menschenrechte. Er hebt die Bedeutung der Arbeit vor Ort hervor. Das Engagement müsse von innen kommen, die Arbeit des House of Rainbow sei immens wichtig. Um Vernetzung in Afrika komme man nicht herum. Den Regierungen müsse klar werden, dass die Situation aufmerksam verfolgt werde, dass es bei Menschenrechtsverletzungen oder homophoben Vorhaben Proteste habe. Dies habe die internationale Gemeinschaft im Fall Uganda deutlich zum Ausdruck gebracht.

### **Homophobe Diskurse in den Kirchen Afrikas**

Auf EU-Ebene haben die Regierungen einstimmig ein Toolkit verabschiedet. Diese Leitlinie regelt, was zu tun ist, wenn es um Menschenrechtsverletzungen an LGBT gehe. Die Empfehlungen müssten nunmehr auch umgesetzt, entsprechende Demarchen vorbereitet werden. Das Toolkit kann auch als Arbeitsanweisungen an die Botschaften verstanden werden, denn in deren Berichte an die Zentrale sollten immer auch Informationen zu LGBT einfließen. Er frage oft bei den deutschen Botschaften an, erhalte aber zu LGBT oft noch keine Informationen. In der allgemeinen Menschenrechtsarbeit zu Afrika müsse dem Thema LGBT mehr Bedeutung zukommen. So sei im neuen Afrikakonzept der Bundesregierung das Thema bereits verankert. Die homophoben Diskurse in den Kirchen Afrikas seien ein Riesenproblem. „Dies müssen wir mit den großen christlichen Kirchen hier in Deutschland diskutieren. Eine Stillhaltepolitik können wir ihnen nicht durchgehen lassen. Sie haben großen Einfluss auf ihre Schwesterkirchen in Afrika, und wir müssen ihnen sagen: Bitte redet mit Euren Brüdern und Schwestern in Afrika!“

### **Mit christlichen Werten argumentieren**

**Irene Knoke** sagt, das Thema sei bei den Kirchen noch nicht angekommen, bei den kirchlichen Hilfswerken nur marginal. Ihnen komme aber eine Mittlerfunktion zu. „Wir können aus der Genderthematik lernen und den Dialog mit den Kirchen hier in Deutschland führen und dabei mit christlichen Werten argumentieren.“ Die Referenten hierzulande und die Delegationen vor Ort müssen für das Thema sensibilisiert werden. In den afrikanischen Ländern sollten LGBT mit progressiven Kräften zusammenarbeiten. Zudem müsse die Süd-Süd-Kooperation gestärkt werden, vor allem Südafrika könne eine positive Rolle spielen.

**Monika Lüke** betont die Bedeutung der regionalen Kooperation und weist auf das Maputo-Protokoll hin. Diese „Solemn Declaration on Gender Equality in Africa“, die 53 Staaten der Afrikanischen Union unterzeichnet haben, die spezifische Rechtsansprüche zum Schutz und zur Stärkung der Rolle von Frauen bekräftige und sich auch explizit gegen alle Formen der weiblichen Genitalverstümmelung wende, sei Vorbild für das Thema Gleichberechtigung und Menschenrechte von LGBT. Solche Initiativen gelte es von hier aus zu unterstützen. Auch die zahlreichen Präventionsprojekte im Bereich HIV/Aids könnten und müssten aktiv werden

im Bereich LGBT und Menschenrechte. Natürlich komme den Botschaften eine besondere Rolle zu. Zu Uganda sagt sie, es sei gut, dass es Druck aus dem Ausland gegeben habe. Doch „das Thema ist noch nicht vom Tisch, das Gesetz liegt noch im ugandischen Parlament und kann jederzeit wieder aufgegriffen werden.“

### **Botschaften meiden Zusammenarbeit**

In Bezug auf Nigeria berichtet Rowland **Jide Macaulay**, dass das House of Rainbow gute Beziehungen zur Zivilgesellschaft habe. Man versuche, Teil der Menschenrechtskoalition zu werden. Beim Gesetzentwurf (Same Sex Marriage Prohibition Bill), der 2009 eine drastische Verschärfung der bereits jetzt umfassenden Kriminalisierung von Homosexualität, von Lesben, Schwulen und Homosexuellenorganisationen vorsah, hatte das House of Rainbow die Unterstützung von Frauenverbänden. Mit dem nigerianischen Amnesty-Team arbeite man in London zusammen. Problematisch seien die Botschaften, die wegen des bestehenden Strafrechts die Zusammenarbeit mit dem House of Rainbow meiden. Wenn es schließlich um Information und Kompetenztransfer gehe, sei es wichtig, afrikanische LGBT-Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger zu Seminaren ins Ausland einzuladen. „Was sie dort gelernt haben, werden sie mit nach Hause nehmen und dort anwenden.“

In Nigeria, so **Monika Lüke**, gibt es keine Sektion von amnesty international. Dennoch setzt sich ai immer wieder für Einzelfälle in Nigeria ein. Dies geschehe durch urgent actions oder Unterschriftensammlungen. **Irene Knoke** berichtet, dass im EU-Strategiepapier zur EZ mit Nigeria das Thema „LGBT und Menschenrechte“ wenigstens Erwähnung findet. Allerdings fehlen die konkreten Empfehlungen zu LGBT. Viel Aufklärungs- und Präventionsarbeit finde im Bereich HIV/Aids statt. „Wenn man aber im Bereich HIV weiterkommen will, muss man auch LGBT und Menschenrechte thematisieren.“

### **Gewicht der Yogyakarta-Prinzipien erhöhen**

**Markus Löning** bedauert, dass der rechtliche Status der Yogyakarta-Prinzipien unklar sei. Es handele sich um ein halb offizielles Dokument, das noch stärker formalisiert werden müssen, um dessen Gewicht zu erhöhen. „Das müssen wir noch anpacken.“ Macaulay meint, es sei wichtig, die Yogyakarta-Prinzipien auch zu verbreiten: „Wir brauchen finanzielle Unterstützung, um sie zu lehren.“

**Günter Dworek** weist abschließend auf die Verfolgungsgeschichte von Homosexuellen in Deutschland hin, die uns verpflichte, Menschenrechtsverletzungen gegenüber LGBT in aller Welt entschieden entgegenzutreten. Die Bewegung in Deutschland habe in der Vergangenheit viel Unterstützung aus dem benachbarten Ausland erfahren, jetzt sei es an der Zeit, etwas zurückzugeben. Und das ist eine gute Investition in die Menschenrechte. Denn Homophobie ist eine gesellschaftliche Krankheit, die überwunden werden kann. Das ist auch in Afrika möglich.

Klaus Jetz  
14.10.2010